



## Davos Wirbel

### *Trump in Davos – Fragen zu Jerusalem, Berlin und Teheran*

Foto Casimiri Wiki

Beim Anschlag der Jihadisten auf Gäste im Kabuler Hotel Inter-Continental, Foto, starben 22 Personen, darunter eine ältere Dame aus Baden-Württemberg. Medien nach half sie dort lange Armen. Sechs Angreifer riefen "Gott ist groß" und brachten am 20. Januar gezielt Ausländer wie vier Amerikaner um. (Elf) Taliban töteten dort 2011 21 Personen; sowie 150 Opfer im Diplomatenviertel am 31. Mai 2017.



**Afghanistan** kommt nicht zur Ruhe. Das Summary der Nationalen Verteidigungsstrategie von 2018 betont, die Ordnung nach 1945 werde durch Revisionsmächte (China, Russland), rohe Regimes (Nordkorea, Iran) und nichtstaatliche Akteure (Terroristen samt Proxies) gefährdet. Deren Ziel sei es, Amerikas Vormacht im Indopazifik, in Europa und Mittelost zu ihren Gunsten umzuwandeln. Hierbei erwachse abermals ein strategischer interstaatlicher Wettstreit. Also nicht mehr nur Terrorismus, sondern auch China und Russland bilden die Prioritäten, wie auch den Terror abzuwehren und Gewinne (Irak, Afghanistan) zu sichern.

Gab es früher überlegene US-Domänen, werde nun viel angefochten. Terroristen änderten Globales durch Potenzen der Massenvernichtung wie ABC-Waffen. Angetrieben durch Ideologie und Unstabilität, bleiben sie Dauerfaktor – trotz der Niederlage des physischen IS-Kalifats. Amerika sei nicht mehr unantastbar. Daher wirke es im Kurs "Frieden durch Stärke" mit seinen Alliierten, darunter die Nato, sowie Partnern in jenen drei Kernregionen.

### **Amerika-Europa**

In der Tat ist das zügige Ende des "Islamstaats und Kalifats" im ersten Jahr von **Trumps** Präsidentschaft – Foto beim Wiedereröffnen der Regierung – ein Plus wie Amerikas Aufschwung, das noch mit seinem demokratischen **Kehraus** ringt. Ein Haltet-den-Dieb-Ruf geriet wohl ins Gegenteil: es gab schon Kollaboration, nur um Trumps Wahl zu stoppen. Demokratie ist ein Alltagsringen. Nationswerdung – und Aufklärung stehen weiter an. Indes Amerika in dieser Globalära beim Grenzbau seine souveräne Nation zu sichern sucht, muss gleichwohl das grenzenlose Schengen-Europa mit der Zuwanderung aus Mittelost heute wieder Werte der Aufklärung absichern.

Foto Joyce N. Boghosian



Während der Amerika-Zuerst-Kurs Kräfte erweckt, wandelt sich Europa. Beiderseits des Atlantiks zeigte sich: Eliten privilegieren aus ihren Kalkülen heraus stark Zuwanderer vor Bürgern. Der Haken: neue "Anspruchsberechtigte" benutzen Mittel, die sie nicht schufen. Nimmt dies durch illegale Immigration Dimensionen an, überspannt es Sozialkontrakt und Rechtsempfinden der **Wahlbürger**, die aufbegehren. Demokratien mit "Checks und Balances" samt Individualismus geben ihnen aller zwei Jahre Chancen, das in Wahlen zu ändern. Anderenorts steigt wohl auch ein Unmut, der eine Ordnung testet, die so manche Politiker und Parteien mit weniger effektiven Ideen und Korrektiven überaus lange fortwirken lässt.

## Kluft in Konvergenz

Zwölf Jahre [Kanzlerin](#) und acht Jahre in der Großen Koalition – diese also abermals? Zwar orientierte das Konsenspapier keine Steuererhöhung, Grenzen beim Familiennachzug der Zuwanderer, jedoch auch monatlich 1.000 Menschen Nachzug beim subsidiärem Schutz und dass die Zuwanderung "die Spanne von jährlich 180.000 bis 220.000 nicht übersteigt". Wie steht es um die Qualität des [Zustroms](#) für den Markt, dessen Bedarf an Qualifizierten?

Angela [Merkel](#) erklärte am 24. Januar in Davos, die Eurokrise und Migration hätten Europa gefordert. Protektionismus sei nicht die richtige Antwort, sondern Multilateralismus. Aber nicht alle wollten eine "ever closer union". Man müsse lernen, die großen Fragen Europas zu beantworten, und Fragen, die vor Ort zu lösen sind, Menschen dort lösen zu lassen. Ja, es mangelt an Visionen, was der Zustrom in integrativer Ohnmacht zeitigt. Wo ist die Basis, die alle eint? Wohl suchen Emmanuel Macron und Angela Merkel den deutsch-französischen Kern im neuen [Élysée-Vertrag](#): ökonomische, fiskalische, soziale [Konvergenz](#). Rechtsharmonisierung? Dieses Wunder Berlin-Paris sollte das [Pariser Manifest](#) beachten.



## Mittelost: Transatlantische Wirbel

Drei Kernbereiche erhellen auswärtige Probleme. Ankara intervenierte nun in Nordsyrien. Dies kritisierten [Berlin](#) und [Washington](#). Zudem lehnen in Berlin Koalitionäre das Zwei-Prozent-Ziel in der Nato bis 2024 ab, laut Martin Schulz "Trumps Aufrüstungsspirale". In Davos betonte Merkel europäische Verteidigungszusammenarbeit als Ergänzung zur Nato. Man hätte sich oft auf Amerika verlassen, erfülle jetzt Verantwortung und strebe eine gemeinsame Verteidigungspolitik an. Also ihre Berliner [Mittelostpolitik](#) fehlte zu lange. Alle Europäer haben keine "tiefe Schuld" an der Kolonialisierung, wie sie behauptet. Deutsche hatten in Mittelost-Nordafrika keine Kolonien, ja verloren alle nach dem Ersten Weltkrieg.

Die Kanzlerin tritt für Israel ein. Jedoch lässt sich ein [Sinneswandel](#) schwer verordnen. Antisemitismus sei in Deutschland ein massives Problem, das dringend Sonderschritte erfordere, so Josef Schuster vom Jüdischen Zentralrat am 25. Januar. Jener Hass reiche von Rechtsextremen über die Mitte bis zu Islamisten, die am Brandenburger Tor auftraten. Gut wäre, wenn der vom Bundestag am 18. Januar bejahte Antisemitismus-Beauftragte auch Mittelostkulturen kennt. Vieles spitzt sich um Jerusalem zu. Als Vizepräsident Mike [Pence](#) dort war, hoffte Präsident Mahmud Abbas auf EU-Hilfen als Kompensation für gestoppte US-Mittel. Zwar sagte Brüssel nichts zu, war aber für "Ostjerusalem als Palästinas Hauptstadt in einer Zwei-Staaten-Reglung". Dies geht nur, sofern es beide Seiten wollen. Brüssel kann das nicht vorgeben. Wer Abbas' Rede vom 14. Januar liest, hat dazu keine Illusionen. Dieser Realitätscheck bleibt, zumal die US-Botschaft nächstes Jahr nach Jerusalem zieht. Vor seiner [Davos-Rede](#) sagte Trump, ohne Friedensgespräche kein [Geld](#) an Palästinenser.

Letztmalig bejahte Präsident Trump am 12. Januar Irans Nuklearpakt, auch um Europäern Zeit zu geben. Vom Kongress wünschte er in 120 Tagen Nachbesserung: Inspektionen überall zu jeder Zeit; Iran darf nicht Nukes erhalten, der Pakt nicht auslaufen; ballistische Raketen gehören zu A-Waffen, diese zu entwickeln und zu testen sei zu sanktionieren. Dies könnte in einen Zusatzpakt. Alliierte sollten Iran überprüfen, Hizballah und Revolutionsgarden. [EU](#)-Beteiligte wollen zum Nuklearpakt mit Teheran reden. In Davos stimmten sich [Trump](#) und Premier [Netanjahu](#) ab, der [Merkel](#) Einwände zum [Nuklearpakt](#) dartat. Es bedürfe reeller, nicht kosmetischer Änderungen.

Wolfgang G. Schwanitz